

<p>Top 3 „Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik“ - Aktueller Stand der Erarbeitung -</p> <p>Mariana Rieck Moncayo, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales:</p> <p>Frau Rieck Moncayo erläuterte mittels einer PP-Präsentation den gegenwärtigen Stand der Überarbeitung der Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik (LL). Die auf vier Themenfelder reduzierten neuen LL wurden vom Senat beschlossen und befinden sich z.Z. in der Abstimmung beim Rat der Bürgermeister.</p> <p>Dr. Marco Pulver, AG Leitlinien des LSBB, gab einen Überblick über die Arbeit der AG LL, die seit 2018 die LL weiterentwickelten. Dr. Pulver dankte Frau Rieck Moncayo für ihre lenkende Einflussnahme, wies aber auch auf Unzulänglichkeiten der neuen LL hin: Der Maßnahmenkatalog hätte tw. präzisiert werden müssen, wie auch die Finanzzuständigkeiten klarer gefasst werden sollten. In wieweit die Bezirke in der Lage sein werden, ihren Teil der Maßnahmen umzusetzen, erscheint fraglich. Wie die LSBTI-Zusammenhänge zu finanzieren seien, bleibt unklar. Die AG LL kritisiert, dass sie vor dem Beschluss des Senats nicht noch einmal in die Abstimmung eingebunden worden ist.</p> <p>Joachim Jetschmann von der Arbeitsgruppe §71 SGB XII des LSBB bestätigte die kritischen Thesen von Dr. Pulver zum Maßnahmenkatalog. Die AG §71 SGB XII fordere eine „ergänzende Berichtsvorlage“ bzgl. der von den Bezirken zu finanzierenden bezirklichen Maßnahmen.</p> <p>In ihrer Antwort verwies Frau Rieck Moncayo auf die Absicht der Senatsfinanzverwaltung, die Ansätze im Landeshaushalt (LHH) genauso einzustellen! Für Kenner der Landeshaushaltsordnung seien die Finanzhinweise im LHH konkret. Zur Finanzierung der Bezirksmaßnahmen könne sie keine Angaben machen. Die LL werden jedoch vom nächsten Senat weiterverfolgt. Im Übrigen lassen die Strukturen in diesem Prozess während der Abstimmungsphase mit dem Senat keine breite Diskussion zu.</p>	<p>Präsentation als Anlage</p>
<p>Top 4: Berichte aus den Senatsverwaltungen</p> <p>Bericht: Mariana Rieck Moncayo -Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Die Berichte lagen schriftlich vor. Darüber hinaus teilte Frau Rieck Moncayo mit:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einladungen zur Eröffnungsveranstaltung der Berliner Seniorenwoche können erst dann versandt werden, wenn alle Programmpunkte feststünden. 	
<p>Top 5: Evaluierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes - Der Auftragnehmer Ramboll stellt sein Konzept vor</p> <p>Moritz Mühleib erläuterte mittels einer PP-Präsentation den Stand der Dinge. Man befände sich z.Z. in der zweiten Phase (von dreien) der Erhebungsphase. Im August 2021 sei ein Evaluationsworkshop mit dem LSBB geplant.</p> <p>Dr. Oliver Zobel regt an, die 12 Mitgliedsorganisationen des LSBB in die Evaluierung mit einzubeziehen.</p>	
<p>Top 6: Sonstiges</p> <p>Wibke Werner berichtete zur Entwicklung des durch das Bundesverfassungsgericht zurückgewiesenen Berliner Mietendeckelgesetzes. Zur Entspannung des Berliner Miet-Wohnungsmarktes wurde angeregt, dass die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften die Regelungen des Berliner Mietendeckelgesetzes übernehmen sollten. Ursula Engelen-Kefer regte in der Aussprache die Veröffentlichung einer Pressemitteilung zu dem Thema an. Frau Lämmer griff die Anregung auf. Dr. Gisela Grunwald berichtet über die AG Pflege und Gesundheit im Alter zum Thema „Lebensqualität bis zuletzt“. In Umsetzung der Charta zur Betreuung schwerstkranker</p>	

und sterbender Menschen in Deutschland geht es dabei um eine verbindliche Finanzierung auch im Doppelhaushalt 2022/2023 zur Gestaltung der Versorgungsstrukturen und die Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Für uns als LSBB stehen die Bedürfnisse der Betroffenen im Vordergrund. Der Bericht wird allen LSBB- Mitgliedern übergeben.

Herbert Probst, AG Sprecher informiert über einen Brief an die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Er wurde von Fuss e.V. initiiert und bereits von drei Verbänden unterstützt. Es geht um das Problem der wild herumliegenden und -stehenden Fahrzeugen in der Stadt. Mit der Änderung des Berliner Straßengesetzes soll das gelöst werden. Es wird vorgeschlagen, dass Leih-Zweiräder nur noch an festen Stationen angeboten werden und abgegeben werden. Der LSBB unterstützt das Anliegen und tritt dem Brief als Unterzeichner bei.

Dr. Klaus Sack berichtete von der in Präsenz durchgeführten Landesdelegiertenkonferenz der Volkssolidarität Berlin am 11.05.2021. Er betonte, dass die Volkssolidarität Berlin mit allen ihren Einrichtungen als Verein betrachtet werden sollte. Es wurde eine umfassende Änderung der Satzung beschlossen, die den Anforderungen in Gegenwart und Zukunft Rechnung trägt. Damit verbunden ist eine neue Struktur des Verbandes.

Das nächste Plenum findet am 21.07.2021 zum Thema „Ältere Menschen und Digitalisierung“ statt.
Sie verwies auf das im Anschluss stattfindende Gruppeninterview mit der Firma Ramboll zur „Evaluierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes“.

Das Gruppeninterview wurde um 14:23 Uhr beendet.

Protokollant: Winfried Lätsch